

IMMOFINANZ BEKAM BUNDESWOHNUNGEN

# Bundeswohnungen verspekuliert

2004 wurde die Bundeswohnungsgenossenschaft BUWOG zum Billigpreis an die Immofinanz privatisiert. Nun kreist der Pleitegeier über der Immofinanz, deren Immobilienvermögen im Juli noch auf ca. 18 Milliarden (!) Euro geschätzt wurde. Die KPÖ fordert eine Untersuchung dieser Misere.

Betroffen sind tausende Wohnungen in der Steiermark. Das Schicksal der BUWOG als Teil der Immofinanz zeigt ganz deutlich, dass man mit Wohnungen nicht spekulieren darf", sagt die Grazer Wohnstadträtin Elke Kahr. Tatsächlich liegt in der Immobilienbranche im Zuge der Finanzkrise vieles im Argen. Besonders erwischt hat es die Immofinanz, eines der größten Immobilienunternehmen in Europa. Deren Aktien notierten im Juni noch bei 7,50 Euro, derzeit sind sie nur mehr rund 50 Cent wert. Immer wieder ist davon die Rede, dass das Unternehmen kein Geld mehr habe und vor dem Konkurs stehe.

2004 hat sich die Immofinanz hunderte Wohnungen der Bundeswohnungsgenossenschaft BUWOG unter den

Nagel gerissen. Verkauft wurden sie unter Finanzminister Karlheinz Grassler und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Man sprach von einer „guten österreichischen Lösung“ und rieb sich die Hände ob des Geldes zur Budgetsanierung.

Heute ist wieder davon die Rede, die Buwog an die Bundesimmobiliengesellschaft BIG zurück zu verkaufen – zu wesentlich mehr Geld als damals, denn die Immofinanz braucht dringend Geld. „Ohne diese Privatisierung hätte der Bund sich und den Mieterinnen und Mietern viel erspart“, schließt Elke Kahr.

In Sachen Immofinanz gibt es noch ein Problem: Vielen Menschen wurde die Aktien des Unternehmens als Altersvorsorge oder Kreditabsicherung empfohlen. Sie stehen jetzt vor dem Ruin.



Steht das Buwog-Immofinanz-Geflecht vor dem Konkurs? Hunderte Wohnungen – wie diese in Graz – wurden 2004 privatisiert.

## ALLERHAND AUS STADT UND LAND

### Knittelfeld: Bleibt die Küche kalt?

Die Küche des Pflegezentrums in Knittelfeld soll geschlossen werden. Die Bewohner/innen und das Personal des Heims sollen vom LKH Knittelfeld mitversorgt werden. KPÖ-LABg. Renate Pacher hat dagegen protestiert. Eigenständigkeit und Arbeitsplätze gehen verloren. Pacher kämpft um die Sanierung der Küche im Pflegezentrum.

### Fragwürdiges Geschenk

Aus dem Kärntnerhof in Knittelfeld wurde ein Admiral Wettcafe. Gleichzeitig hat das Wettcafe-Unternehmen der Stadtgemeinde 5.000 Euro gespendet. Die KPÖ Knittelfeld meint, dass der Bürgermeister das Geld nicht annehmen sollte. „Dieses Geld stammt aus den Gewinnen mit der Spielsucht. Täglich werden Menschen in den Ruin getrieben, Familien zerbrechen, die Beschaffungskriminalität steigt. Wir sind dagegen, dass die Gemeinde dieses Geld annimmt“, meint KPÖ-Gemeinderätin Elisabeth Lammer.



### S-Bahn nach Vordernberg

Eine Schnellbahn soll von Leoben nach Vordernberg fahren, forderten die KPÖ-mandatare Gabriele Leitensbauer und Johann Dallinger im Trofaiacher Gemeinderat. Nun will sich Trofaiach zusammen mit Vordernberg, St. Peter/Freienstein und Hafning für die S-Bahn ins Zeug legen.

### Gefährlicher Kurs in Eisenerz

Wie in anderen Gemeinden setzt man in Ei-

senerz auf die Strategie, Immobilien zu verkaufen und dann rückzumieten. Damit



Karl Fluch (KPÖ)

bekommt man schnell Geld in die Kassa, dafür blecht man dann „ewig“ Miete. In Eisenerz praktiziert man das bei der Polytechnischen Schule, die saniert werden soll, und beim geplanten Kunst- und Kulturzentrum in der Innenstadt. Beide sollen von der „Stadtgemeinde Eisenerz Immobilien KG“ übernommen und rückgemietet werden. „Diese Gesellschaft darf nicht dazu dienen, mehr zu finanzieren, als wir uns leisten können“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch.

### Pleitegeier

Mehr zu finanzieren, als man sich leisten kann, wurde der Stadtgemeinde Trieben zum Verhängnis. Sie sitzt auf 30 Millionen Euro Schulden und ist Pleite. Der Gemeinderat wurde aufgelöst, ein Kommissär führt nun die Geschäfte. Die Stadt hatte großzügige Wirtschaftsförderungen gewährt und viel gratis angeboten, was mit Krediten finanziert wurde, die man nicht mehr zurückzahlen kann. Die Gemeinde wurde die längste Zeit von der SPÖ im Alleingang geführt.

### Prassen beim EU-Fest

Das „Fest der Europafreunde“, das ÖVP-Außenministerin Plassnik am 12. September ausrichten ließ, hat laut Tageszeitung Österreich 210.226 Euro verschlungen. Davon fielen – welch ein Zufall zu Wahlkampfzeiten – allein 110.993 Euro in die Ankündigung des halbtägigen Mega-Events in Wien.